

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Montag, 2. Oktober 1995, Nachmittag
Lundi 2 octobre 1995, après-midi

14.30 h

Vorsitz – Présidence:

Frey Claude (R, NE)/Leuba Jean-François (L, VD)

Fragestunde Heure des questions

95.5181

Frage Keller Rudolf
Aktivitäten der Bundesanwältin
im Fall Fininvest

Question Keller Rudolf
Affaire Fininvest.
Activités du procureur de la Confédération

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Zum Fall Fininvest/Bundesanwaltschaft, über den die Presse im In- und Ausland berichtet hat, stelle ich dem Bundesrat die folgenden Fragen:

1. Stimmt es, dass Bundesanwältin Carla del Ponte, ohne den Abschluss des noch laufenden Verfahrens abzuwarten, ihren italienischen Kollegen vom Pool «Mani Pulite» die Dokumente zugesteckt hat, die in Massagno in den Büros der Fininvest Service AG beschlagnahmt wurden?
2. Stimmt es, dass Carla del Ponte ihr nicht zustehende Vermutungen über im italienischen Strafgesetzbuch vorgesehene Straftaten geäußert hat?
3. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, wenn die beiden Fragen bejaht werden müssen?

Texte de la question du 2 octobre 1995

J'adresse les questions suivantes au Conseil fédéral en relation avec l'affaire Fininvest et les activités du Ministère public de la Confédération:

1. Est-il vrai que la procureure Carla del Ponte a transmis subrepticement à ses homologues italiens chargés de l'enquête «mains propres» les documents saisis dans les bureaux de la Fininvest Service SA à Massagno, et ce sans attendre la conclusion de la procédure en cours?
2. Est-il exact que Carla del Ponte a invoqué l'existence de délits relevant du code pénal italien, outrepassant par là ses compétences?
3. Si la réponse aux questions précédentes est affirmative, que compte faire le Conseil fédéral?

Koller Arnold, Bundesrat: Das Rechtshilfeverfahren in dieser Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen. Bundesanwältin Carla del Ponte hat daher den italienischen Kollegen des Pools «Mani pulite» in Mailand keine der in Geschäftsräumen der Fininvest Service AG beschlagnahmten Unterlagen übermittelt.

In jedem Rechtshilfesuch muss die ersuchende Behörde angeben, gegen wen und aufgrund welcher Tatbestände ein Strafverfahren eröffnet wurde. Die Behörde, welche über die Zulassung des Gesuchs entscheidet, muss die erforderliche

beidseitige Strafbarkeit überprüfen, d. h., ob die angegebenen Straftatbestände auch nach schweizerischem Recht strafbar sind. Es ist nicht die zuständige schweizerische Behörde, welche die Vermutung einer Straftat äussert, sie überprüft lediglich das Gesuch unter dem Gesichtspunkt des europäischen Übereinkommens über Rechtshilfe in Strafsachen, sowie des Bundesgesetzes über internationale Rechtshilfe in Strafsachen.

Für den Bundesrat besteht daher kein Anlass, in dieser Sache irgend etwas zu unternehmen.

95.5201

Frage Bugnon
Junger Bosnier.
Humanitäre Geste der Schweiz

Question Bugnon
Jeune bosniaque.
Un geste humanitaire de la part de la Suisse

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Die Genfer Regierung ist zugunsten des schwer verwundenen jungen Bosniers Adis Bjelanovic beim Bundesrat vorstellig geworden mit der Bitte, die Ausweisungsverfügung zu annullieren und den Aufenthalt dieser Familie zu regeln, indem den Familienmitgliedern ein Ausweis L erteilt wird.

Ist der Bundesrat in Anbetracht des Umstandes, dass sich die Genfer Behörden zur Übernahme der Aufenthaltskosten bereit erklärt haben, sowie angesichts der überaus grossen Anteilnahme an diesem schmerzlichen Schicksal bereit, unverzüglich mit einer humanitären Geste zu reagieren?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Le gouvernement genevois est intervenu auprès du Conseil fédéral en faveur du jeune Bosniaque gravement blessé, Adis Bjelanovic en lui demandant d'annuler la décision de renvoi et en le priant de régler le séjour de cette famille en accordant à ses membres une autorisation L.

Etant donné que les autorités genevoises se sont déclarées prêtes à assumer les frais de séjour et vu l'énorme émotion provoquée par cette situation humainement douloureuse, le Conseil fédéral est-il prêt à y répondre rapidement par un geste humanitaire?

Koller Arnold, Bundesrat: Die betroffene bosnische Familie reiste im November 1993 legal nach Italien ein, nachdem ihr Sohn in Sarajewo durch eine Granate an den Beinen verletzt worden war und die Unprofor die Evakuierung organisiert hatte. In Rom wurde der verletzte Sohn in ein Kinderspital eingeliefert, wo er während einem Jahr umsorgt und gepflegt wurde. Die Familie erhielt von den italienischen Behörden eine Aufenthaltsbewilligung. Nachdem der Sohn mehrere Male operiert worden war, konnte er das Spital am 12. November 1994 verlassen. Am gleichen Tag verliess die Familie Italien und reiste am 13. November letzten Jahres illegal in die Schweiz ein. Zwei Tage später stellte die Familie ein Asylgesuch. Das Asylgesuch wurde im März dieses Jahres abgelehnt und die Wegweisung nach Italien verfügt. Dieser Entscheid wurde durch die Schweizerische Asylrekurskommission (ARK) bestätigt. Die ARK wies insbesondere darauf hin, dass die weitere medizinische Behandlung in Italien ohne weiteres möglich sei. Aufgrund der besonderen Umstände des Falles schenkten die mit dem Vollzug beauftragten Behörden den Modalitäten der Wegweisung nach Italien besondere Aufmerksamkeit, so wurde unter Mithilfe der International Organization for Migration (IOM) vom zuständigen italienischen Innenministerium eine Aufnahmegarantie erwirkt, der Empfang der Familie organisiert und sichergestellt, dass der Sohn die notwendige medizinische Betreuung in einem orthopädischen Spital in Italien erhält. Nachdem

diese detaillierten Vorbereitungen getroffen waren und die Familie die Schweiz hätte verlassen sollen, wurde der Vollzug der Wegweisung durch den Regierungsrat des Kantons Genf ausgesetzt. Dieser hat dem Bundesrat ein Gesuch unterbreitet, in welchem er sich für den weiteren Verbleib der bosnischen Familie in unserem Land ausspricht. Der Bundesrat wird dieses Gesuch nun prüfen und sich auf jeden Fall für eine Lösung zum Wohle des Kindes und der Familie einsetzen.

95.5197

Frage Vetterli
Limitierung von Schiesshalbtagen

Question Vetterli
Limitation du nombre des demi-journées de tir

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Mit der neuen Schiessordnung, die sich in der Vernehmlassung befindet, will man die freiwilligen Schiessübungen und die Vorübungen zu den Bundesprogrammen generell einschränken, unabhängig von der Grösse, der Belegung und der Qualität der Schiessanlagen; damit wird dem Grundsatz von Artikel 62 Absatz 2 Militärgesetz diametral entgegengewirkt.

1. Ist der Bundesrat bereit, für Schiessanlagen, die die Lärmvorschriften erfüllen, auf eine generelle Limitierung der Schiesshalbtage zu verzichten?
2. Ist der Bundesrat bereit, für Gemeinschafts- und Regionalschiessanlagen, welche ja in besonderem Masse den Lärmvorschriften entsprechen, zusätzliche Schiesshalbtage (z. B. zwei Halbtage für Vereinstrainings und Schiesswettkämpfe pro Verein) zu bewilligen?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Actuellement en consultation, l'ordonnance sur le tir vise à limiter d'une manière générale les exercices de tir volontaires et les exercices préliminaires aux exercices fédéraux, quelles que soient la grandeur, la fréquentation et la qualité des installations de tir. Cette ordonnance est en parfaite contradiction avec le principe énoncé à l'article 62 alinéa 2 de la loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire.

1. Le Conseil fédéral est-il prêt à renoncer à la limitation générale du nombre des demi-journées de tir pour les installations qui répondent aux exigences en matière de protection contre le bruit?
2. Est-il prêt à autoriser l'organisation de demi-journées de tir supplémentaires dans les installations de tir communes ou régionales, lesquelles répondent dans une large mesure aux exigences en matière de protection contre le bruit (p. ex. deux demi-journées par société de tir réservées aux entraînements et aux compétitions)?

Villiger Kaspar, Bundespräsident: Die Änderung der Schiessordnung war bis Ende September in einer breiten Vernehmlassung, die Ergebnisse werden in diesen Tagen ausgewertet. Der Bundesrat wird voraussichtlich erst gegen Ende Jahr definitiv Beschluss fassen.

Ich darf den Entscheid des Bundesrates nicht präjudizieren, das werden Sie verstehen, aber der Vernehmlassungsentwurf widerspiegelt natürlich etwa die Haltung des Militärdepartementes. Im Vernehmlassungsentwurf war folgende Regelung vorgesehen:

1. Für Schiessanlagen, die den Lärmvorschriften entsprechen, ist keine obere Grenze für Schiessübungen vorgesehen.
2. Auch auf Schiessanlagen, welche lärmtechnisch problematisch sind, muss eine minimale Schiessstätigkeit ermöglicht werden.

Aus diesem Grund soll nun erstmals ausdrücklich geregelt werden, welche Schiessübungen und Schiesskurse im Interesse der Landesverteidigung liegen. Diese minimale Schiessstätigkeit soll für alle Schiessanlagen gelten, unabhängig von Grösse und Belegung.

Vetterli Werner (V, ZH): Danke für die Antwort. Die zweite Frage wurde nicht beantwortet. Wir haben ja Gemeinschaftschiessanlagen, Regionalschiessanlagen, die zur Folge haben, dass in vielen umliegenden Gemeinden keine Schiessstände mehr nötig sind. Wieso werden diese Regionalschiessanlagen nicht bevorzugt behandelt, wieso kann man dort nicht, wie ich gefragt habe, pro Schiessverein im Minimum zwei Schiesshalbtage zusätzlich bewilligen?

Villiger Kaspar, Bundespräsident: Die Frage stellen kann man, Herr Vetterli, aber man kann von mir noch keine Antwort erwarten, und zwar weil ich keine Äusserungen machen kann, bevor der Bundesrat das ganze Problem angesehen hat. Das wäre unfair und würde die Entscheidungsfreiheit des Bundesrates einschränken. Ich darf aber so weit gehen und sagen, dass ich für Ihr Problem Verständnis habe.

95.5180

Frage Keller Rudolf
Flughafen Lugano-Agno.
Bewilligte Flugbewegungen

Question Keller Rudolf
Aéroport de Lugano-Agno.
Vols autorisés

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Zu den Flugbewegungen, die das zuständige Bundesamt dem Flughafen von Lugano-Agno bewilligt hat, stelle ich dem Bundesrat die folgenden Fragen:

1. Stimmt es, dass das zuständige Bundesamt – wie in der Tessiner Presse behauptet wurde – die Zahl der gegenwärtig bewilligten 40 000 Flüge faktisch auf 38 000 herabzusetzen gedenkt?
2. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass der Flughafen von Lugano-Agno, insbesondere dessen Entwicklung, für die Wirtschaft des ganzen Kantons Tessin unentbehrlich ist?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Concernant le nombre de vols autorisés par l'office fédéral compétent à l'aéroport de Lugano-Agno, je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Les affirmations de la presse tessinoise, selon lesquelles l'office fédéral compétent aurait l'intention d'abaisser le nombre de vols autorisés de 40 000 à 38 000 seulement, sont-elles fondées?
2. Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas que l'aéroport de Lugano-Agno et tout particulièrement son développement sont indispensables à l'économie du Tessin tout entier?

Ogi Adolf, Bundesrat: Zunächst eine Vorbemerkung, Herr Keller Rudolf: Wir stehen in der Schlussphase der Arbeiten für die Konzessionierung des Flugplatzes Lugano-Agno. Der Flugplatz soll vom privaten Flugfeld in den Status des öffentlichen Flughafens überführt werden. Die Anhörung ist abgeschlossen. Das EVED wird in Kürze einen Entscheid treffen können.

Zur ersten Frage: Die von Herrn Maspoli zitierten Presseausagen, wonach in der Betriebskonzeption eine absolute Beschränkung der Flugbewegungen vorgesehen sei, sind so nicht richtig. Die 38 000 Flugbewegungen bilden lediglich die Berechnungsgrundlage für die Begrenzung des Fluglärms. Die nach Lärmschutzverordnung ermittelte und im Lärmbelastungskataster ausgewiesene Fluglärmbelastung soll künftig

nicht mehr überschritten werden. Man will die Fluglärmbelastung begrenzen und denkt an das Prinzip des Lärmkorsetts. Das Lärmkorsett hat u. a. zur Folge, dass mit lauten Flugzeugen weniger, mit leiseren Flugzeugen mehr Bewegungen möglich sind.

Zur zweiten Frage: Der Bundesrat ist sich der Bedeutung des Flugplatzes Lugano-Agno für den Kanton Tessin – und nicht nur für seine Wirtschaft – durchaus bewusst. Mit der bevorstehenden Konzessionierung wird das Flugfeld Lugano-Agno nach langwierigen Bemühungen zum Flughafen und damit zum öffentlichen Verkehrsträger aufgewertet. Mit der Verleihung der Konzession wird die wirtschaftliche Bedeutung dieses Flugplatzes unterstrichen, namentlich seine Funktion, um den Anschluss der Region an den internationalen Luftverkehr und die Verbindungen zu anderen Regionen sicherzustellen und so die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons zu unterstützen.

95.5183

Frage Steinemann
PTT auf EU-Schleichwegen

Question Steinemann
PTT et UE. Rapprochement sournois

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Wieder geben die PTT Briefmarken mit dem Zusatz «Europa» in Umlauf, was nur den Sinn haben kann, für «Europa» Stimmung zu erzeugen bzw. die Bevölkerung zu beeinflussen.

Ist dieser Vorgang nicht eine Amtspflichtverletzung bzw. ein Einsatz von unzulässiger Staatspropaganda?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Une fois de plus les PTT n'hésitent pas à mettre des timbres en circulation, ayant pour thème l'Europe, ce qui ne peut avoir d'autre sens que celui de vouloir créer une ambiance pro-européenne et donc d'influencer l'opinion publique en faveur de l'Europe.

N'est-ce pas là une violation des devoirs des PTT en tant qu'entreprise publique ou un procédé inadmissible de propagande de l'Etat?

Ogi Adolf, Bundesrat: Die sogenannten Europamarken dokumentieren in der Schweiz seit 1959, also seit 36 Jahren, die Zusammenarbeit unter den Postverwaltungen. Die Herausgabe erfolgte mit Zustimmung des EVED. Die Europamarken dienen der Förderung der Philatelie und sollen auf das gemeinsame, kulturelle und historische Erbe des Kontinents hinweisen. An die 40 Länder, darunter viele Nichtmitglieder der EU, haben 1995 zum Thema «Friede und Freiheit» Europamarken herausgegeben. Für den Bundesrat ist dieser Vorgang weder eine Amtspflichtverletzung noch eine unzulässige Staatspropaganda.

Steinemann Walter (A, SG): Besten Dank für die Antwort. Sie befriedigt zwar nicht ganz, weil die EU mit Europa gleichgesetzt wird, respektive in diesem Fall gerade umgekehrt. Viele Fachleute umschreiben diesen Tatbestand mit den Marken als Meinungsmanipulation. Ausserdem erfolgt die Finanzierung dieser Marken mit Geldern der mehrheitlich EU-abgeneigten Postkunden.

Ich glaube trotzdem, dass diese Marken eine unerlaubte staatliche Beeinflussung sind, und bitte Sie, mir nochmals zu sagen, warum dies Ihrer Meinung nach nicht so ist. EU-Propaganda vonseiten des Staates ist, mindestens von meiner Seite her, nicht erwünscht.

Ogi Adolf, Bundesrat: Sie zu befriedigen, Herr Steinemann, ist in dieser Angelegenheit sehr schwierig. Dieser Marke eine

Meinungsmanipulation zu unterschieben, ist auch nicht richtig. Muss die Schweiz mitmachen? Das ist die Frage, die Sie gestellt haben. Die Teilnahme an der Post Europe ist für einen reibungslosen, ungehinderten und grenzüberschreitenden – ich sage bewusst grenzüberschreitenden – Postverkehr innerhalb von Europa unerlässlich, und es ist eine Frage der Solidarität, ob wir uns bei solchen Aktionen distanzieren oder ob wir mitmachen. Der Bundesrat ist der Meinung, man sollte mitmachen.

95.5184

Frage Reimann Maximilian
Hinweistafeln für Verkehrsmeldungen
durch Privatradios

Question Reimann Maximilian
Bulletins d'information
concernant l'état du trafic routier
émis par les radios privées

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Privatradios sind häufig schneller und flexibler, wenn es um die Meldung plötzlich auftretender Verkehrsstörungen auf Autobahnen und anderen Strassen geht. Trotzdem beschränken sich die Frequenzhinweistafeln an Schweizer Strassen auf die SRG-Radiosender.

Spricht das Bundesrecht dagegen, wenn – wie in anderen Ländern – die Hinweistafeln für Verkehrsmeldungen auch auf die Privatradios erweitert werden, insbesondere dort, wo die Marktanteile von Privatsendern dominieren?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Les radios privées sont souvent plus rapides et plus souples que la SSR lorsqu'il s'agit d'annoncer les perturbations du trafic qui se produisent soudainement sur les autoroutes ou les autres routes. Malgré cela, les fréquences servant à transmettre des signaux d'indication sur les routes suisses sont attribuées uniquement aux émetteurs de la SSR.

Le droit fédéral interdit-il d'étendre, comme cela se fait dans d'autres pays, les signaux d'indication concernant les perturbations du trafic aux bulletins d'information des radios privées, notamment là où ces dernières occupent une position dominante?

Ogi Adolf, Bundesrat: Der Bundesrat anerkennt, Herr Reimann Maximilian, den Beitrag der lokalen Radioveranstalter für eine rasche und präzise Verkehrsinformation. Das geltende Strassenverkehrsrecht sieht nur Hinweissignale für nationale Radioveranstalter vor, das heisst heute für die SRG. Im Frühling 1994 haben die zuständigen Bundesämter dem Verband der Schweizer Privatradios zugesichert, das Anliegen nach der definitiven Konzessionierung der Lokalradios zu prüfen. Wie Sie wissen, Herr Reimann Maximilian, hat das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement in der letzten Woche die erste Tranche der definitiven Konzessionen erteilt. Die zweite Hälfte wird im Verlaufe des nächsten Jahres folgen.

In der Zwischenzeit wurde die Schweizerische Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren gefragt, ob eine Anpassung der rechtlichen Grundlagen unter dem Gesichtswinkel der Machbarkeit und der Verkehrssicherheit angebracht sei. Problematisch könnte das Nachstellen der Frequenz sein. Ob eine Revision der einschlägigen Vorschriften ins Auge zu fassen ist, hängt wesentlich von der Antwort auf diese Frage ab.

95.5186

Frage Kern
Baubeginn PTT-Bürohochhaus
in Winterthur

Question Kern
Immeuble des PTT à Winterthour.
Début des travaux

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Der Baubeginn des PTT-Bürohochhauses wird trotz der Baubewilligung durch den Stadtrat von Winterthur durch Rekurse und eine Initiative gegen Hochhäuser immer wieder hinausgezögert.

1. Haben die PTT und eventuell der Bundesrat alle Rechtsmittel ausgeschöpft, um den Baubeginn zu beschleunigen?
2. Trifft es zu, dass eine weitere jahrelange Verzögerung des 200-Millionen-Projektes eine Aufgabe des Standortes Winterthur zur Folge haben könnte?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Malgré l'autorisation délivrée par l'exécutif de la Ville de Winterthur, le début des travaux de construction d'un immeuble des PTT est continuellement repoussé, à cause du dépôt de plusieurs recours et d'une initiative contre les immeubles élevés.

1. Les PTT, ou le Conseil fédéral, ont-ils épuisé tous les moyens juridiques pour accélérer le début des travaux?
2. Est-il vrai qu'en retardant année après année ce projet portant sur près de 200 millions de francs, on risque de voir le site de Winterthur remis en question comme lieu d'implantation?

Ogi Adolf, Bundesrat: Herr Kern, Sie haben zwei Fragen gestellt.

Die Antwort auf Ihre erste Frage: Die Telecom PTT haben bis heute alles unternommen, um für das geplante Hochhaus in Winterthur möglichst rasch eine rechtskräftige Baubewilligung zu erhalten. Aus diesem Grunde arbeiteten die Telecom PTT und ihr privater Partner bereits bei der Durchführung des Projektwettbewerbes und der Ausschreibung des Bauprojektes intensiv mit den städtischen und kantonalen Behörden zusammen. Im laufenden Baurekursverfahren konnten mit drei Rekurrenten gütliche Vereinbarungen abgeschlossen werden. Zurzeit ist noch eine Beschwerde vor Verwaltungsgericht hängig.

Die Antwort auf Ihre zweite Frage: Wie seitens der Telecom PTT bereits mehrmals betont wurde, steht eine Aufgabe des vorteilhaften Projektstandortes in Winterthur zurzeit nicht zu Diskussion.

Kern Armin (A, ZH): Herr Bundesrat, ich danke Ihnen für die Antwort. Sie wissen, dass in Winterthur ein Projekt von 200 Millionen Franken für die Baubranche von grosser Bedeutung ist. Ich hoffe, dass alle Rechtsmittel eingesetzt werden, damit das Projekt möglichst schnell unter Dach gebracht werden kann, damit der Baubeginn nicht noch weiter hinausgeschoben werden muss. Ich weiss, Sie haben sich bemüht, und ich hoffe, dass die Bemühungen wirklich auch bald Früchte tragen.

Ogi Adolf, Bundesrat: Herr Kern hat keine Frage gestellt, er hat nur die Bedeutung dieses Bauprojektes in den Vordergrund gerückt. Ich habe das zur Kenntnis genommen.

95.5189

Frage Meier Samuel
Telecom. Geschäftspraktiken

Question Meier Samuel
Télécom. Pratiques commerciales

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Einem Telefonabonnenten, dessen Anschluss am 1. August 1995 nicht funktionierte, was auf einen Defekt in der Telefonzentrale zurückzuführen war, stellte die Telecom für eine Reparatur ausserhalb der üblichen Arbeitszeit eine Rechnung von 270 Franken.

Ist es nicht selbstverständlich, dass die Telecom ihre Zentralen auch an Feiertagen rund um die Uhr funktionstüchtig erhält und bei einem allfälligen Schaden die Kosten selber trägt?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Télécom a facturé 270 francs à un abonné au téléphone dont la ligne était tombée en panne le 1er août 1995 en raison d'une défectuosité au central téléphonique, ce qui avait donc nécessité une intervention de Télécom en dehors du temps de travail normal.

Ne devrait-il pas aller de soi que Télécom veille à ce que les centraux téléphoniques assurent leurs services en permanence, y compris les jours de fête, et qu'elle prenne en charge les frais en cas de panne?

Ogi Adolf, Bundesrat: Herr Meier Samuel, selbstverständlich ist die Funktionstüchtigkeit der Zentralen der Telecom PTT auch an Feiertagen rund um die Uhr sichergestellt. Die Behebung von Schäden erfolgt grundsätzlich zu Lasten der Telecom PTT. Das gilt nicht für die Behebung von Schäden an Zentralelementen, die auf einzelne Anschlüsse ausgerichtet sind, wenn der Kunde die Reparatur ausserhalb der üblichen Arbeitszeit verlangt. Die entsprechende Rechtsgrundlage befindet sich in der Verordnung der PTT-Betriebe über Fernmeldedienste (PTT-FDV).

Im übrigen, Herr Meier Samuel, erteilt der Bundesrat den PTT-Betrieben gemäss Artikel 14 des PTT-Organisationsgesetzes (PTT-OG) nur die zur Wahrung wichtiger Landesinteressen nötigen Weisungen. Aus dieser Sicht ist im Zusammenhang mit der Rechnungsstellung an einen Kunden der Telecom PTT kein wichtiges Landesinteresse tangiert.

95.5190

Frage Grendelmeier
Korruption im Autobahnbau (1)

Question Grendelmeier
Construction d'autoroute. Affaire de corruption (1)

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Wie der Presse zu entnehmen war, zahlten Baufirmen mit Wissen von kantonalen Behörden Beiträge zur Finanzierung einer Abstimmungskampagne für ein Verwaltungsgebäude im Kanton Jura, die ihnen über manipulierte Rechnungen wieder zurückerstattet wurden.

Ich frage den Bundesrat:

Was stimmt an dieser Aussage und was nicht?

Texte de la question du 2 octobre 1995

D'après la presse, des entreprises de construction auraient contribué au financement d'une campagne en faveur de la construction d'un bâtiment administratif dans le canton du Jura, au su des autorités cantonales. Les montants versés

leur auraient été remboursés par le biais de fausses factures. Je pose donc au Conseil fédéral la question suivante: Quelle est la part de vérité dans ces affirmations?

95.5191

Frage Weder Hansjürg
Korruption im Autobahnbau (2)

Question Weder Hansjürg
Construction d'autoroute. Affaire de corruption (2)

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Wie der Presse zu entnehmen war, zahlten Baufirmen mit Wissen von kantonalen Behörden Beiträge zur Finanzierung einer Abstimmungskampagne für ein Verwaltungsgebäude im Kanton Jura, die ihnen über manipulierte Rechnungen wieder zurückerstattet wurden.

Ich frage den Bundesrat:

Waren das Bundesamt für Strassenbau und allenfalls der Departementsvorsteher über die Praktiken informiert?

Texte de la question du 2 octobre 1995

D'après la presse, des entreprises de construction auraient contribué au financement d'une campagne en faveur de la construction d'un bâtiment administratif dans le canton du Jura, au su des autorités cantonales. Les montants versés leur auraient été remboursés par le biais de fausses factures. Je pose donc au Conseil fédéral la question suivante:

L'Office fédéral des routes et le chef du département étaient-ils au courant de ces pratiques?

95.5192

Frage Meier Samuel
Korruption im Autobahnbau (3)

Question Meier Samuel
Construction d'autoroute. Affaire de corruption (3)

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Wie der Presse zu entnehmen war, zahlten Baufirmen mit Wissen von kantonalen Behörden Beiträge zur Finanzierung einer Abstimmungskampagne für ein Verwaltungsgebäude im Kanton Jura, die ihnen über manipulierte Rechnungen wieder zurückerstattet wurden.

Ich frage den Bundesrat:

Sind gegen Behörden oder Behördenvertreter oder Firmen gerichtliche Schritte oder andere Verfahren im Gange oder zu erwarten?

Texte de la question du 2 octobre 1995

D'après la presse, des entreprises de construction auraient contribué au financement d'une campagne en faveur de la construction d'un bâtiment administratif dans le canton du Jura, au su des autorités cantonales. Les montants versés leur auraient été remboursés par le biais de fausses factures. Je pose donc au Conseil fédéral la question suivante:

Des poursuites judiciaires, voire d'autres mesures, ont-elles été engagées ou prévues contre les autorités, leurs représentants ou les entreprises concernées?

95.5193

Frage Dünki
Korruption im Autobahnbau (4)

Question Dünki
Construction d'autoroute. Affaire de corruption (4)

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Wie der Presse zu entnehmen war, zahlten Baufirmen mit Wissen von kantonalen Behörden Beiträge zur Finanzierung einer Abstimmungskampagne für ein Verwaltungsgebäude im Kanton Jura, die ihnen über manipulierte Rechnungen wieder zurückerstattet wurden.

Ich frage den Bundesrat:

Sind die Kontrollen für die Abrechnungen im Autobahn- und vom Bund unterstützten Strassenbau zu verändern?

Texte de la question du 2 octobre 1995

D'après la presse, des entreprises de construction auraient contribué au financement d'une campagne en faveur de la construction d'un bâtiment administratif dans le canton du Jura, au su des autorités cantonales. Les montants versés leur auraient été remboursés par le biais de fausses factures. Je pose donc au Conseil fédéral la question suivante:

Faut-il modifier la procédure de contrôle des comptes relatifs à la construction des routes et des autoroutes subventionnées par la Confédération?

95.5194

Frage Sieber
Korruption im Autobahnbau (5)

Question Sieber
Construction d'autoroute. Affaire de corruption (5)

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Wie der Presse zu entnehmen war, zahlten Baufirmen mit Wissen von kantonalen Behörden Beiträge zur Finanzierung einer Abstimmungskampagne für ein Verwaltungsgebäude im Kanton Jura, die ihnen über manipulierte Rechnungen wieder zurückerstattet wurden.

Ich frage den Bundesrat:

Werden Rückerstattungen geltend gemacht?

Texte de la question du 2 octobre 1995

D'après la presse, des entreprises de construction auraient contribué au financement d'une campagne en faveur de la construction d'un bâtiment administratif dans le canton du Jura, au su des autorités cantonales. Les montants versés leur auraient été remboursés par le biais de fausses factures. Je pose donc au Conseil fédéral la question suivante:

Le remboursement de ces montants a-t-il été exigé?

95.5195

**Frage Zwygart
Korruption im Autobahnbau (6)****Question Zwygart
Construction d'autoroute. Affaire de corruption (6)***Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995*

Wie der Presse zu entnehmen war, zahlten Baufirmen mit Wissen von kantonalen Behörden Beiträge zur Finanzierung einer Abstimmungskampagne für ein Verwaltungsgebäude im Kanton Jura, die ihnen über manipulierte Rechnungen wieder zurückerstattet wurden.

Ich frage den Bundesrat:

Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um künftig solche Vorkommnisse zu verhindern oder aufzudecken?

Texte de la question du 2 octobre 1995

D'après la presse, des entreprises de construction auraient contribué au financement d'une campagne en faveur de la construction d'un bâtiment administratif dans le canton du Jura, au su des autorités cantonales. Les montants versés leur auraient été remboursés par le biais de fausses factures. Je pose donc au Conseil fédéral la question suivante:

Quelles mesures envisage-t-il afin de prévenir de telles affaires à l'avenir, ou de faire toute la lumière sur elles?

Ogi Adolf, Bundesrat: Erlauben Sie dem Bundesrat zunächst eine generelle Bemerkung zum aufgeworfenen Thema: Das Bundesamt für Strassenbau und die Eidgenössische Finanzkontrolle haben schon am Tage nach Erscheinen des hier in Frage stehenden Artikels gemeinsam gehandelt. Beide Dienststellen haben sofort zusammen mit der kantonalen Finanzkontrolle die notwendigen Abklärungen vorgenommen. Diese sind abgeschlossen.

Nun zur Frage von Frau Grendelmeier: Es stimmt, dass sich ein kantonalen Beamter bei einem Baukonsortium um ein Sponsoring für PR im Zusammenhang mit der Abstimmung über ein kantonales Verwaltungsgebäude bemüht hat.

Zur Frage von Herrn Weder Hansjürg: Weder der Departementsvorsteher noch das zuständige Fachamt hatten Kenntnis von diesen Vorkommnissen.

Zur Frage von Herrn Meier Samuel: Auf Veranlassung des Kantons wurde gegen die zurzeit bekannten fehlbaren Beamten ein Strafverfahren eingeleitet. Die Untersuchungen sind noch im Gange, Einzelheiten mithin nicht bekannt.

Zur Frage von Herrn Dünki, in Ergänzung zum Grundsätzlichen: Es besteht ein jahrzehntealtes Kontrollsystem, das sich als solches bewährt hat; daran ist nichts zu ändern. Freilich wäre es wünschenswert, die Kontrollen zu intensivieren. Das bedingt einen grösseren Personaleinsatz, was wiederum die Frage der Effizienz der eingesetzten Mittel aufwirft.

Zur Frage von Herrn Sieber: Die Rückerstattung ist bereits erfolgt.

Schliesslich zur Frage von Herrn Zwygart, als Ergänzung zum Grundsätzlichen: Eine hundertprozentige Kontrolle ist hier, wie übrigens auch andernorts, nicht durchführbar, weil unverhältnismässig. Das Bundesamt ist daran, für das Kontrollsystem die Setzung anderer Schwerpunkte zu prüfen. Ergebnisse liegen aber noch nicht vor.

Weder Hansjürg (U, BS): Ich weise darauf hin, Herr Bundesrat, dass ich vor drei Jahren innerhalb der Finanzkommission beim Gespräch mit Vertretern des Bundesamtes für Strassenbau genau diese Frage gestellt habe, nämlich ob es denkbar und möglich sei, dass Korruptionsfälle (Günstlings- und Vetterwirtschaft) bei uns vorkommen. Der zuständige Herr Suter hat mir damals geantwortet, natürlich sei es immer denkbar, dass so etwas stattfindet, aber sie hätten ein scharfes Auge auf solche Vorkommnisse. Nachdem sich das bestätigt hat, müsste schnell und massiv durchgegriffen werden.

Bei dieser Gelegenheit muss ich noch sagen: Wir sollten vermehrt die Konkurrenz spielen lassen und nicht solch grosse Aufträge innerhalb von relativ kleinen Unternehmenskreisen verabschieden.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Kenntnisnahme, dass ich schon einmal darauf hingewiesen habe.

Ogi Adolf, Bundesrat: Herr Weder Hansjürg, es ist richtig, dass dieses Thema in der Finanzkommission und auch anderswo diskutiert worden ist. Es ist auch richtig, dass Herr Kurt Suter, Direktor des Bundesamtes für Strassenbau (ASB), nicht ausgeschlossen hat, dass sich solche Fälle ereignen können.

Dazu kann ich Ihnen folgendes sagen: Es gibt zwei Revisorate, das kantonale und dasjenige des ASB. Das ASB kontrolliert stichprobenweise. Da alles über den Kanton zum ASB kommt, kontrolliert dieses dann sämtliche Unterlagen. Wenn es etwas findet, das nicht in Ordnung zu sein scheint, wird sofort über den Kanton nachgefragt und die Sache abgeklärt. Wenn Sie das anders aufbauen wollen, brauchen wir mehr Mittel und bedeutend mehr Personal. Das Problem ist erkannt. Aufgrund dieses Vorfalles werden wir auch die Organisation überprüfen. Wir müssen aber darauf achten, dass Mittel und Einsatz in etwa verantwortlich sind.

95.5203

**Frage Leuba
Flüge Zürich–London. Preis****Question Leuba
Vols Zurich–Londres. Prix***Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995*

Stimmt es, dass die Fluggesellschaft British Midland Hin- und Rückflüge Zürich–London nicht für 1366 Franken nach IATA-Tarif, sondern lediglich für 990 Franken anbieten wollte und das Bundesamt für Zivilluftfahrt dies nicht bewilligt hat?

Steht nach Auffassung des Bundesrates ein solches Verhalten mit den Liberalisierungsbestrebungen und der viel gepriesenen Förderung des Wettbewerbs im Einklang?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Est-il exact que British Midland voulait offrir des vols aller et retour Zurich–Londres pour le prix de 990 francs, au lieu de 1366 francs au tarif IATA, mais que l'Office fédéral de l'aviation civile ne l'a pas autorisé?

Une telle attitude est-elle conforme à la volonté de libéralisation et de favorisation de la concurrence exprimée à de nombreuses reprises par le Conseil fédéral?

Ogi Adolf, Bundesrat: Die private englische Fluggesellschaft British Midland hat am 18. August 1995 das Gesuch um Erteilung einer Betriebsbewilligung für die Durchführung regelmässiger Linienflüge auf der Strecke London/Heathrow–Zürich eingereicht. Das Unternehmen sieht vor, auf dieser Strecke täglich vier Flüge in beiden Richtungen durchzuführen. Bei der Beurteilung von Tarifanträgen wendet das Bundesamt für Zivilluftfahrt die Richtlinien der Europäischen Zivilluftfahrtskommission (ECAC) an. Im Grundsatz gilt: je grösser die Abweichung von den im Rahmen der IATA vereinbarten Normaltarifen ist, desto einschränkender müssen die Anwendungsbedingungen sein.

Es trifft zu, Herr Leuba, dass das Bundesamt die beantragte Senkung der Business-class-Tarife von 1366 Franken auf 990 Franken nicht genehmigt hat. Der Bundesrat steht nach wie vor hinter der Idee der Liberalisierung und der Förderung des Wettbewerbes. Dennoch will er im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für eine völlige Tariffreiheit für Fluggesellschaften aus EU-Mitgliedstaaten eintreten. Und dies solange nicht, als den schweizerischen Fluggesellschaften, unter Ausübung

aller Luftverkehrsfreiheiten, nicht die gleichen Möglichkeiten offenstehen wie den Fluggesellschaften der Europäischen Gemeinschaft. Dies gilt sowohl punkto Bedienung der Flughäfen im EU-Raum als auch bezüglich der Preisführerschaft in den Ländern der EU. Im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen mit der EU will der Bundesrat keine Vorleistungen erbringen, für welche zurzeit noch keine Gegenleistungen erwartet werden können.

Leuba Jean-François (L, VD): Je remercie M. le conseiller fédéral de sa réponse. Il me semble qu'il faut distinguer deux choses:

1. La réciprocité dans le cadre de l'ouverture des lignes. Il n'y a rien à dire en ce qui concerne la position du Conseil fédéral, et je comprends parfaitement que l'on n'accorde pas des autorisations si la réciprocité n'est pas accordée à la compagnie suisse.

2. En ce qui concerne les tarifs, je pose la question: où est la possibilité de demander la réciprocité puisque ce sont les compagnies aériennes qui fixent les tarifs, et non pas les pays que nous desservons?

Ogi Adolf, Bundesrat: Eigentlich hat Herr Vizepräsident Leuba auch keine Frage gestellt. Ich möchte ihm aber gleichwohl sagen, dass die Swissair auch die IATA-Bedingungen einhält und sie aus verschiedensten Gründen respektiert. Ob das bei British Midland auch der Fall ist, weiss ich nicht; ich kann Ihnen nicht sagen, ob sie Mitglied der IATA ist; offensichtlich nicht. Aber in der jetzigen Situation der bilateralen Verhandlungen wäre es völlig falsch, hier diesen Einbruch in die Tarifpolitik zu akzeptieren.

95.5185

Frage Loeb François
Vermisste aus Srebrenica und Zepa

Question Loeb François
Srebrenica et Zepa.
Personnes portées disparues

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Was kann die Schweiz für die Aufklärung über den Verbleib der 15 000 Vermissten aus den Uno-Schutzzonen Srebrenica und Zepa unternehmen, und wäre allenfalls die Übernahme einer Patenschaft für einen Teil der Vermissten möglich?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Comment la Suisse peut-elle aider à faire la lumière sur le sort des 15 000 personnes des zones de sécurité de Srebrenica et Zepa, toujours portées disparues?

Pourrait-on envisager d'instituer une forme de parrainage pour une partie des disparus?

Cotti Flavio, Bundesrat: Herr Loeb François, das von Ihnen thematisierte Problem des massenweisen Verschwindens von Personen beschäftigt den Bundesrat seit Jahren. Schweizerische Vertreter in internationalen Menschenrechtskonferenzen haben immer wieder das Verschwindenlassen von Personen als eine der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen angeprangert. Dies ist auch der Grund, weshalb uns die Geschehnisse in Srebrenica und Zepa ganz besonders empört haben. Es wurde auch rasch auf diplomatischer Ebene reagiert, indem der Geschäftsträger der hiesigen jugoslawischen Botschaft zuerst am 18. August vom zuständigen Abteilungschef und dann von Staatssekretär Kellenberger aufgefordert wurde, bei der Behörde in Belgrad auf eine Aufklärung des Verbleibs der Vermissten hinzuwirken. Auf internationaler Ebene ist primär das IKRK für die Suche nach Vermissten zuständig. Wir stehen mit ihm in Kontakt

und werden über dessen Bemühungen und Erkenntnisse auf dem laufenden gehalten. Die Zahl von 15 000 Vermissten ist zwar umstritten. Das IKRK geht davon aus, dass maximal 8000 Menschen – es handelt sich vorwiegend um Männer – vermisst werden. Diese sind wiederum in zwei Kategorien aufzuteilen: In der ersten Gruppe befinden sich 5000 Personen, die bereits vor dem Fall von Srebrenica weggegangen sind. Das IKRK hat der bosnischen Regierung Informationen übergeben, die einen Kontakt mit den Angehörigen ermöglichen konnten. Eine zweite Gruppe umfasst etwa 3000 Personen. Es wird befürchtet, dass die aus der Luft fotografierten Massengräber einiges mit diesen Vermissten zu tun haben. Das IKRK hat den bosnisch-serbischen Behörden eine Liste mit Namen gegeben und auch hier Aufschluss über den Verbleib dieser Vermissten verlangt. Die Entwicklung der politischen Lage lässt darauf hoffen, dass eine Klärung dieser Fragen relativ bald möglich sein wird.

Die Frage einer Patenschaft für diese Vermissten ist vorige Woche durch die eingereichte Petition aufgeworfen worden. In dieser Petition werden verschiedene Begriffsinhalte der Patenschaft angesprochen. Der Bundesrat wird sich bei der Behandlung dieser Petition näher damit befassen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die allfällige Übernahme einer Patenschaft bleibt natürlich, dass die Vermissten lokalisiert werden können.

Es sei schliesslich daran erinnert, dass der Bundesrat angesichts der schrecklichen Ereignisse bereits am 7. August dieses Jahres einen zusätzlichen Betrag von zehn Millionen Franken zugunsten humanitärer Hilfsmassnahmen für die notleidende Zivilbevölkerung bewilligt hat. Er hat damals auch seine Bereitschaft bekräftigt, eine angemessene Anzahl von Personen aufzunehmen, und den Uno-Hochkommissar in Genf gebeten, eine internationale Absprache mit anderen Ländern anzustreben, damit eine Verteilung der aufzunehmenden Personen auf diese Länder erreicht werden kann.

Loeb François (R, BE): Herr Bundesrat, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Ich habe noch folgende Bemerkung anzubringen: Wir sind Depositärstaat der Genfer Konvention und haben daher eine spezielle Verantwortung. Es ist mir durchaus klar, dass die bosnischen Serben die Konvention nicht unterzeichnet haben, weil es gar keinen solchen Staat gibt. Aber in meinen Augen ist die Genfer Konvention ungeschriebenes Völkerrecht, und wir sollten mit all unseren diplomatischen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass diese Genfer Konvention eingehalten wird. Wir wissen, dass das heute nicht der Fall ist.

Betreffend Patenschaften habe ich eine Frage: Angenommen, wir würden das Angebot alleine machen, für einen Teil der Gefangenen die Patenschaft zu übernehmen. Würde das nicht bereits dazu führen, dass Leute aus diesen Gefangenlagern freikämen und diese Vermissten gefunden würden?

Cotti Flavio, Bundesrat: Betreffend die Genfer Konvention, Herr Loeb François, ist für uns absolut klar, dass es eine Verpflichtung ist, immer wieder daran zu erinnern.

Was die Aufnahme anbetrifft, da habe ich Ihnen schon eine Antwort gegeben: Wir prüfen die Sache, aber ich verstehe natürlich, dass auch eine gewisse Aufteilung zwischen den Ländern gemacht werden muss, denn es gibt in Westeuropa tatsächlich Länder, welche in dieser Beziehung bisher überhaupt nichts gemacht haben.

95.5187

Frage Gross Andreas
Image der Schweiz in Brüssel

Question Gross Andreas
Image de la Suisse à Bruxelles

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um in Brüssel den dort offenbar vorherrschenden Eindruck zu korrigieren, wonach die Schweizerinnen und Schweizer bloss ökonomisch profitieren wollten, politisch – beispielsweise bezüglich der Ausgestaltung der europäischen Integration – aber indifferent seien?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Quelles mesures le Conseil fédéral entend-il prendre pour relever l'image de la Suisse à Bruxelles, où nombreux sont ceux qui semblent penser que la Suisse ne souhaite profiter que des avantages économiques, mais se désintéresse des aspects politiques, notamment celui des modalités de l'intégration européenne?

Cotti Flavio, Bundesrat: Es mag durchaus zutreffen, Herr Gross Andreas, dass die Schweiz in Brüssel und in einigen europäischen Hauptstädten wegen ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihrer Sonderstellung durch die Nichtmitgliedschaft in der EU und im EWR manchmal als vor allem um ihre wirtschaftlichen Interessen besorgt wahrgenommen wird. Zu betonen ist aber auch, dass die Mitgliedstaaten der EU Verständnis für die politischen Aspekte des doch in der Geschichte verankerten Sonderfalls Schweiz zeigen. Sowohl bei den laufenden Verhandlungen als auch nach den Volksabstimmungen – EWR, Alpen-Initiative usw. – hat der Bundesrat der Erläuterung unserer direkten Demokratie und ihres Funktionierens sowie der ebenfalls damit verbundenen Folgen gegenüber unseren europäischen Partnern stets grosse Bedeutung beigemessen. Die EU ist sich auch bewusst, dass die Schweiz ihre Integrationspolitik nicht ohne Unterstützung von Volk und Ständen führen kann. Mit der Festlegung der Stossrichtungen der Aussenpolitik in den neunziger Jahren hat der Bundesrat übrigens, wie Sie ja andeuten, dieses Bild in Brüssel auch nach aussen ins einzig richtige Licht gerückt. So hat er festgehalten, dass der Mitgliedschaft in der EU, und übrigens auch in der Uno, neben einer wirtschaftlichen primär eine politische Bedeutung zukommt. Ich beziehe mich – wie könnte es anders sein – auf den Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren.

Gross Andreas (S, ZH): Ich möchte Ihnen, Herr Bundesrat, für die Antwort danken, nur befürchte ich, dass Sie den «Steilpass», den ich Ihnen zuspiesen wollte, nicht erwischt haben. Jetzt weiss ich freilich nicht, ob er zu steil war oder ob Sie zu langsam gerannt sind.

Ich bezog mich indirekt auf eine Meldung in einer welschen Tageszeitung von Anfang letzter Woche, wonach unser Botschafter in Brüssel und die EU heute den Eindruck hätten, die Schweizer seien so auf die Ökonomie fixiert, dass sie nur noch einen zweiten EWR als nächsten Integrationsschritt ins Auge fassen würden. Mir ging es darum, Sie zu fragen, wie Sie zu diesem Eindruck, den offenbar auch unser Botschafter verstärkt hat, stehen und ob Sie in dieser Beziehung in Brüssel vielleicht noch einmal aufzeigen müssten, dass die Kritik am EWR auch wesentlich mit der Politik, mit den institutionellen Strukturen zu tun hatte und dass nicht alle Leute in der Schweiz immer nur ausschliesslich an die Ökonomie denken.

Cotti Flavio, Bundesrat: Ich möchte lediglich betonen, dass die Europafrage nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische ist. Zu all den Mutmassungen, Herr Gross Andreas, möchte ich mich in diesem Moment nicht äussern. Wir haben schwierige bilaterale Verhandlungen zu führen. Diese

werden verschiedenartig kommentiert. Ich bleibe dennoch grundsätzlich optimistisch über den Ausgang dieser Verhandlungen. Wir dürfen aber nicht unter Zeitdruck geraten. Es braucht Zeit, weil die Verhandlungen schwierig sind. Wie sich die multilateralen Beziehungen weiter entwickeln – über EWR oder EU – wird sich in der nächsten Legislatur zeigen.

95.5196

Frage Zwygart
Mystisches Bern

Question Zwygart
La Berne mystique

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

1. In der «Schweizer Revue» Nr. 4/95 wird in einem Artikel von Hans-Dieter Leuenberger Propaganda für sich und eine Buchhandlung gemacht. Beurteilt der Bundesrat ein solches Vorgehen als zulässig?

2. Inhaltlich ist es stossend, dass der Autor einseitig Esoterik und Okkultismus beleuchtet. Findet der Bundesrat eine solche Einseitigkeit ohne Erwähnung christlichen Gedankengutes nicht auch stossend?

Texte de la question du 2 octobre 1995

1. Dans la «Revue suisse» N° 4/95, on peut lire un article de Hans-Dieter Leuenberger dans lequel il fait de la propagande pour lui et pour une librairie. Le Conseil fédéral juge-t-il ce procédé acceptable?

2. En outre, l'auteur traite avec une partialité choquante les thèmes de l'ésotérisme et de l'occultisme. Le Conseil fédéral ne trouve-t-il pas lui aussi choquant que l'on puisse faire preuve d'une telle partialité sans même évoquer notre héritage spirituel chrétien?

Cotti Flavio, Bundesrat: Die «Schweizer Revue» ist, abgesehen von zwei sogenannt offiziellen Seiten, kein Publikationsorgan des Bundes. Gemäss Vertrag und Statut zwischen dem Bund und der Organisation der Auslandschweizer zur Herausgabe der «Schweizer Revue» liegt die Verantwortung bei der Zentralredaktion, die als solche der Pressefreiheit untersteht. Unter den publizistischen Zielsetzungen im Statut befindet sich unter anderem die Vermittlung eines vielfältigen und differenzierten Bildes der schweizerischen Realität. Das Thema der von Ihnen erwähnten Ausgabe ist die Stadt Bern, also eine echte schweizerische Realität. Der Autor beschreibt im erwähnten Artikel im speziellen Symbole der Stadt Bern aus der Sicht des Esoterikers. Selbstverständlich kann der Fragesteller ergänzende Artikel anregen. Sie können auch selber Ihre Sichtweise in einem nächsten Beitrag darlegen, Herr Zwygart. Der Bundesrat hegt keine Zweifel, dass die Zentralredaktion auch Artikel mit wichtigen Inhalten wie etwa christlichem Gedankengut in geeigneter Form aufnehmen wird.

95.5199

**Frage Pidoux
Schweizer Botschafterin
beim Europarat**

**Question Pidoux
Ambassadeur de Suisse
auprès du Conseil de l'Europe**

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Die neue Botschafterin der Schweiz in Strassburg, die vorher einen anderen Beruf ausübte, wollte ihren Posten bereits einige Monate nach Aufnahme der Tätigkeit wieder verlassen und nach Bern zurückkehren.

Entspricht dieses Verhalten nach Auffassung des Bundesrates der professionellen Berufsauffassung von Diplomaten?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Le nouvel ambassadeur de Suisse à Strasbourg, qui exerçait précédemment une autre profession, était prêt à quitter son poste quelques mois après son arrivée pour retravailler à Berne.

Le Conseil fédéral juge-t-il le comportement de son ambassadeur comme celui d'un professionnel de la diplomatie?

Cotti Flavio, conseiller fédéral: M. Pidoux n'est pas là, mais j'essaierai quand même de répondre pour ceux qui veulent écouter.

Chaque citoyen et chaque citoyenne suisse est bien sûr entièrement libre de se porter candidat ou candidate à une fonction au sein de nos institutions politiques. La fonction de conseiller fédéral ou de conseillère fédérale ne fait pas exception à ce principe de base. Dès lors, il ne peut être reproché à M^{me} Haller de s'être portée candidate à cette haute charge. D'autre part, l'intéressée est une personnalité qui possède une expérience politique de haut niveau par ses activités parlementaires et par sa présidence du Conseil national. L'intérêt que M^{me} Haller a démontré pour la fonction poste de conseillère fédérale n'aura aucune répercussion au niveau de la progression qui est la sienne désormais.

Par ailleurs, il convient de relever que tout diplomate de carrière aurait eu le droit de procéder de manière analogue. Il y a eu, vous le savez, trois conseillers fédéraux dans l'histoire des 101 conseillers fédéraux et conseillères fédérales qui sont passés de la fonction diplomatique à la fonction de membres de l'exécutif.

95.5200

**Frage Bugnon
Westsahara.
Haltung des Bundesrates**

**Question Bugnon
Sahara Occidental.
Attitude du Conseil fédéral**

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Das Königreich Marokko feiert demnächst mit dem zwanzigsten Jahrestag des Grünen Marsches den Anschluss der Westsahara an Marokko. Die Feier findet in El-Aiun, der Hauptstadt der Westsahara, statt. Die Botschafter aller Nationen werden Einladungen erhalten.

1. Welche Haltung wird die Schweiz einnehmen?

2. Wird sie durch ihre Anwesenheit die Besetzung der Westsahara durch Marokko anerkennen, obwohl ein Referendum zugunsten der Selbstbestimmung des sarauischen Volkes durchgeführt werden soll?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Le royaume du Maroc va commémorer les 20 ans de la Marche verte (qui correspond à l'annexion du Sahara-Occidental) à El-Aiun, capitale du Sahara-Occidental. Les ambassadeurs du monde vont être conviés.

1. Quelle va être l'attitude de la Suisse?

2. Va-t-elle cautionner, par sa présence, l'occupation du Sahara-Occidental par le Maroc, alors même qu'il y a un référendum en cours pour l'autodétermination du peuple sahraoui?

Cotti Flavio, conseiller fédéral: 1. Le Conseil fédéral n'a pas l'intention, Madame Bugnon, de se faire représenter, au cas où la Suisse y serait invitée, à la manifestation qui pourrait être, selon des articles de la presse marocaine jusqu'alors non confirmés, organisée par le Maroc au début de novembre à El-Aiun en vue de la commémoration des vingt ans de la Marche verte, alors que la question du référendum reste ouverte.

2. Le Conseil fédéral rappelle qu'il soutient le droit des Sahraouis à l'autodétermination, ainsi que le référendum par lequel la population du Sahara-Occidental pourra se prononcer librement sur son avenir.

Bugnon Fabienne (G, GE): Merci, Monsieur le Conseiller fédéral. Je ne pouvais pas espérer de meilleure réponse.

J'aimerais encore poser une petite question complémentaire. Le référendum sur l'autodétermination du peuple sahraoui a déjà été repoussé à plusieurs reprises. Est-ce que le Conseil fédéral est informé d'une nouvelle date en ce qui concerne ce point?

Cotti Flavio, conseiller fédéral: Vous savez que, depuis des années, d'innombrables dates ont été envisagées. Malheureusement, aucune d'entre elles ne peut actuellement être considérée comme crédible. C'est la raison pour laquelle nous nous battons afin qu'une date réaliste soit indiquée.

95.5202

**Frage Ostermann
Uno-Rüstungskonferenz.
Position der Schweizer Vertreter**

**Question Ostermann
Conférence de l'ONU sur les armes.
Position des diplomates suisses**

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Die Vertreter der Schweiz gehören nicht zu denjenigen, die ein Verbot für Personenminen verlangen. Dabei wird diese Massnahme selbst vom Präsidenten des IKRK, dem Schweizer Cornelio Sommaruga, gefordert, um nur diesen zu nennen.

Ist der Bundesrat wirklich der Ansicht, die empörende Einstellung unserer Unterhändler könne im Namen des Volkes für rechtmässig erklärt werden?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Les représentants de la Suisse ne font pas partie de ceux qui exigent l'interdiction des mines antipersonnel. Et, pourtant, cette interdiction est demandée par le président du CICR lui-même, le Suisse Cornelio Sommaruga, pour ne citer que lui. Le Conseil fédéral considère-t-il vraiment que la position écoeuvrante de nos négociateurs peut être défendue en toute légitimité au nom du peuple suisse?

Cotti Flavio, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral est tout à fait conscient du problème que posent les quelque 110 millions de mines antipersonnel disséminées autour du monde. Il partage aussi les sentiments d'horreur exprimés entre

autres par les nombreux signataires de la campagne suisse contre les mines antipersonnel face aux immenses souffrances infligées par cette arme.

Dans le cadre de la Conférence de Vienne, la Suisse défend une position conforme à son engagement humanitaire. Elle s'engage pour que la conférence débouche sur des résultats substantiels et concrets, c'est-à-dire sur des règles qui finiront par améliorer la convention et ses trois protocoles. Les négociations préparatoires du groupe d'experts ont montré que la grande majorité des Etats n'est pas prête à accepter une règle conventionnelle interdisant totalement les mines antipersonnel.

Mais au-delà de cela, en ce qui concerne la Suisse en particulier, nos experts militaires sont parvenus à la conclusion que, pour des raisons de sécurité, notre pays ne devrait pas renoncer par définition absolue à l'emploi des mines antipersonnel. Nos intérêts de sécurité, en particulier la protection d'objectifs militaires importants, requièrent l'usage de ces mines. Dans ces conditions, et tout en étant consciente des limites inhérentes à une réglementation internationale ne portant pas sur l'emploi de ces armes, la Suisse oeuvre pour une amélioration du protocole 2 en particulier, qui donne l'espoir de mettre fin aux drames provoqués par l'usage incontrôlé des mines. Elle s'engage, par l'interdiction des types de mines non détectables et des mines qui restent actives au-delà de l'engagement strictement militaire, à promouvoir cette amélioration.

Ostermann Roland (G, VD): Le règlement permet de poser une question complémentaire, mais ne précise pas à qui. C'est donc à moi-même que je vais la poser. Je m'interroge, Monsieur le Conseiller fédéral, sur l'image que la Suisse donne d'elle-même dans cette affaire. Je me demande si c'est par orgueil que ses représentants veulent tellement paraître habiles, alors qu'en l'occurrence, on attend de la Suisse qu'elle soit idéaliste peut-être, humanitaire en tout cas, et qu'elle donne un signe. C'est un rôle qui lui conviendrait mieux.

Mais tant qu'à faire, puisqu'on parle d'objets explosifs, je vous poserai tout de même une question: le Conseil fédéral est-il prêt à réagir aux essais français de la nuit dernière et à ceux à venir?

Cotti Flavio, conseiller fédéral: En ce qui concerne la première question, je pense avoir expliqué de manière très claire, Monsieur Ostermann, que la Suisse s'engage à respecter la Convention de Vienne. Elle est tout de même tenue, que cela plaise ou non, à sauvegarder sa défense nationale, les exigences de cette défense étant clairement définies par les militaires, dont je me suis fait l'écho des revendications. Pour le reste, la Suisse a réagi de manière claire, je dis bien très claire: relisez la déclaration du Conseil fédéral après le premier essai nucléaire effectué dans l'atoll de Mururoa. Il ne pourra pas le faire tous les jours. La position de la Suisse n'est absolument pas critiquable, elle est claire et sans équivoque.

95.5182

Frage Keller Rudolf
Förderung von Orchestern und Theatern
durch das Buwal

Question Keller Rudolf
Ofefp. Promotion
d'orchestres et de spectacles

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Stimmt es, dass das Buwal – wie in der bernischen Zeitung «Der Bund» zu lesen war – mehrere Millionen Franken zur

Unterstützung von Orchestern und verschiedenen Theatern ausgegeben hat?

Wenn ja, was meint der Bundesrat dazu?

Texte de la question du 2 octobre 1995

Est-il vrai que l'Ofefp a dépensé plusieurs millions de francs pour promouvoir divers orchestres et spectacles, comme l'a rapporté le «Bund» de Berne?

Si tel est le cas, qu'en pense le Conseil fédéral?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Faisant suite à la Conférence de l'ONU sur l'environnement et le développement de Rio, en 1992, l'Ofefp et la Direction de la coopération au développement, de l'aide humanitaire et de la coopération technique avec les pays d'Europe centrale et orientale ont organisé, sous le titre «A vous de jouer», une campagne de plusieurs années sur les problèmes d'avenir importants et de portée mondiale. La campagne dure trois ans. Dans son ensemble, elle coûte environ 8 millions de francs, et traite des trois sujets suivants:

1. le climat;
2. la diversité biologique;
3. les problèmes d'environnement liés au tiers monde.

Dans le cadre du thème de la diversité biologique, une rencontre culturelle a été organisée pour un coût total de 600 000 francs entre Madagascar et la Suisse. Des musiciens malgaches ont parlé de leur pays dans les écoles suisses. Des musiciens suisses présenteront à Madagascar la réalité de notre pays. La musique et la diversité culturelle, tels sont les moyens utilisés pour présenter le thème de la diversité biologique.

95.5188

Frage Steffen
Planlose Heroinabgabeveruche

Question Steffen
Distribution contrôlée d'héroïne.
Absence de planification

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Der Bundesrat hatte am 1. November 1993 mit dem Gesamtversuchsplan die Grundlage für die Heroinversuche geschaffen. Am 2. Dezember 1994 wurden Änderungen zu diesem Plan veröffentlicht, um die Ausweitung der Versuche auf 500 Heroinplätze abzustützen. Die kürzlich beschlossene Ausweitung auf 800 Plätze erfolgte ohne Änderung des Gesamtversuchsplans. Die neuen Versuche sind angelaufen.

1. Weshalb erfolgte die Ausweitung ohne Planänderung?
2. Laufen intern die Plananpassungen?
3. Wann erfolgt deren Veröffentlichung?

Texte de la question du 2 octobre 1995

En adoptant le 1er novembre 1993 le plan global des essais, le Conseil fédéral créait les bases nécessaires à la distribution contrôlée d'héroïne. Le 2 décembre 1994, de façon à pouvoir étendre l'expérience à 500 toxicomanes, il publiait les modifications qu'il souhaitait apporter à ce plan.

Toutefois, la récente décision d'étendre le programme à 800 héroïnomanes a été prise sans qu'aucune modification ait été apportée à ce plan. A l'heure actuelle, ces essais ont déjà débuté.

1. Pourquoi les essais ont-ils été étendus sans adaptation préalable du plan global?
2. Une telle adaptation est-elle en cours au sein de l'administration?
3. Quand le nouveau plan sera-t-il rendu public?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je réponds à vos trois questions, Monsieur Steffen:

1. Le Conseil fédéral a approuvé, le 24 mai 1995, une extension des essais scientifiques en modifiant le plan général des essais.
2. Le plan général des essais a donc été adapté.
3. Le plan des essais modifié pourra être obtenu sur simple demande à l'Office fédéral de la santé publique à fin octobre 1995 sous une forme imprimée; sous une forme polycopiée, des exemplaires de ce plan sont néanmoins déjà disponibles.

95.5198

Frage Hollenstein Europäische Flugtreibstoffabgabe

Question Hollenstein Taxe européenne sur le carburant d'aviation

Wortlaut der Frage vom 2. Oktober 1995

Die Schweiz hat sich in der Vergangenheit schon ab und zu für eine europäische Flugtreibstoffabgabe eingesetzt. Als Gastgeberland der letzten europäischen Umweltministerkonferenz (Luzern) wird die Schweiz in der Umweltministerkonferenz in Sofia (Herbst 1995) in ökologischen Fragen ein überdurchschnittliches Gewicht haben. Die Schweiz hatte in Luzern Versprechen für ein grosses Engagement für Lenkungsabgaben gegeben. Im entscheidenden Punkt, nämlich der CO₂-Abgabe, hat die Schweiz unterdessen ihre Pionierrolle aufgegeben.

1. Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass ein Engagement für eine Lenkungsabgabe auf Flugtreibstoffen zumindest eine Teilerfüllung seines «Luzern-Versprechens» sein könnte?
2. Ist der Bundesrat bereit, sich in Sofia für eine europäische Flugtreibstoffabgabe so einzusetzen, dass sie zu einem vorrangigen ökologischen Anliegen wird?

Texte de la question du 2 octobre 1995

La Suisse a préconisé à certaines occasions le prélèvement d'une taxe européenne sur le carburant d'aviation. Ayant organisé sur son territoire, à Lucerne, la dernière conférence européenne des ministres de l'environnement, elle aura un grand poids dans la discussion concernant l'écologie lors de la prochaine conférence de ce genre qui se réunira à Sofia cet automne. Notre pays avait promis, à Lucerne, de s'engager fortement en faveur de taxes d'orientation. Il a cependant renoncé à son rôle de pionnier sur le point essentiel, à savoir la taxe sur le CO₂.

1. Le Conseil fédéral est-il également d'avis qu'il tiendrait au moins partiellement les promesses qu'il a faites à Lucerne s'il oeuvrait pour le prélèvement d'une taxe sur le carburant d'aviation?
2. Le Conseil fédéral est-il prêt à demander, à Sofia, qu'une taxe européenne sur le carburant d'aviation soit instituée, avec suffisamment d'insistance pour que cette question devienne prioritaire dans la politique de l'environnement?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Le Conseil fédéral soutient la proposition d'introduire, sur le plan international, une taxe sur les carburants pour aéronefs. La Suisse s'est engagée dans ce sens à plusieurs reprises au niveau international, la dernière fois lors de la 31e Assemblée générale de l'Organisation de l'aviation civile internationale, qui se tient actuellement même à Montréal. Le Conseil fédéral a exprimé la même position dans ses réponses aux questions émanant de parlementaires, en particulier à la question ordinaire Scheidegger du 12 décembre 1991.

En outre, une taxe européenne sur les carburants pour aéronefs n'est pas formellement inscrite jusqu'à présent comme point de discussion de la conférence ministérielle de Sofia. Mais le programme environnemental pour toute l'Europe, qui

sera certainement adopté par la conférence ministérielle, comporte des recommandations sur le thème des taxes d'incitation en général.

Nous examinerons la question de savoir si le sujet d'une taxe européenne, et non pas mondiale, sur les carburants pour aéronefs doit être spécialement soulevé lors de la conférence en relation avec le thème des taxes d'incitation.

Hollenstein Pia (G, SG): Die Antwort befriedigt insofern nicht, als der Bundesrat in Luzern ganz klare Versprechungen gemacht hat. Jetzt, in Sofia, wäre die Gelegenheit, initiativ zu werden, auch wenn es nicht auf dem Programm steht. Der Bundesrat hat das nicht vorgesehen.

Meine Frage: Wie denn sonst gedenkt der Bundesrat den Zielen, die in Luzern gesetzt wurden, nachzukommen und mit welchen Massnahmen, wenn da die Gelegenheit verpasst wird? In der CO₂-Abgabe wurde sie ja auch verpasst.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: J'attire votre attention sur le fait que ce type de taxe d'incitation devrait, dans l'idéal, toucher non seulement l'Europe, mais l'ensemble du système des relations aériennes. C'est la raison pour laquelle nous avons posé ce problème maintenant à la conférence de Montréal.

La question de savoir dans quelle mesure nous pourrions en discuter à Sofia dépendra du résultat de la conférence de Montréal. Il est clair que nous donnons, sur ce plan-là, la préférence à une réglementation mondiale plutôt qu'à une réglementation européenne.

94.3175

Motion des Ständerates (Kommission-SR 90.021)

11. AHV-Revision. Gleiches Rentenalter

Motion du Conseil des Etats (Commission-CE 90.021)

11e révision de l'AVS. Même âge de la retraite

Wortlaut der Motion vom 9. Juni 1994

Der Bundesrat wird beauftragt, ohne Verzug die Vorarbeiten für eine 11. Revision der AHV an die Hand zu nehmen, in welcher die Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt wird und das AHV-Alter der Frauen und der Männer angeglichen wird.

Texte de la motion du 9 juin 1994

Le Conseil fédéral est chargé d'entreprendre sans retard les travaux préliminaires d'une 11e révision de l'AVS, dans laquelle il convient de prendre en considération les effets de la structure d'âge de la population et de faire en sorte que l'âge de la retraite des femmes et des hommes soit le même.

Antrag der Kommission

Mehrheit

Überweisung der Motion

Minderheit

(Leuenberger Ernst, Brunner Christiane, Eggenberger, Fankhauser, Goll, Gonseth, Hafner Ursula, Jeanprêtre, Seiler Rolf)

Ablehnung der Motion

Proposition de la commission

Majorité

Transmettre la motion

Fragestunde

Heure des questions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.10.1995 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1981-1991
Page	
Pagina	
Ref. No	20 026 100

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.